



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
2. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 09.05.2019
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Jutta Maeder
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Volker Sekunde
Frau Ulrike Skodd
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Helmut Krause
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Ingolf Pätzold

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Frau Manuela Laßen
Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Julia Freundl
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Personalrat
Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Udo Theimann
Herr Dietmar Wünnemann

Bürgermeisterin **Kappen** begrüßte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Mitglieder des Rates sowie die Vertreter der Presse. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Aus persönlichen Gründen konnte Herr Wenge, Sparkasse UnnaKamen, nicht zur Ratssitzung erscheinen. Der Tagesordnungspunkt 4 wurde daher einvernehmlich abgesetzt.

Im Rahmen einer Schweigeminute gedachte der Rat vor Eintritt in die Tagesordnung der am 28.04.2019 verstorbenen Ratsfrau Nicola Zühlke. Hierzu erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Bürgermeisterin Kappen würdigte das langjährige Engagement von Frau Zühlke im Rat und in den Ausschüssen der Stadt Kamen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Wahl einer/eines Beigeordneten der Stadt Kamen	041/2019
3	Entwurf Jahresabschluss 2018	040/2019
4	Breitbandausbau Kamen, Bönen, Bergkamen hier: Modifizierung der Kooperationsvereinbarung	043/2019
5	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels	042/2019
6	Bürger beteiligen - Die Neuausrichtung des Bürgerhaushaltes hier: Antrag der SPD-Fraktion	
6.1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und CDU	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
041/2019

Wahl einer/eines Beigeordneten der Stadt Kamen

Auf Nachfrage der **Bürgermeisterin** teilte Herr **Heidler** mit, dass die SPD-Fraktion Frau Hanna Schulze vorschlägt. Desweiteren beantragt seine Fraktion die Wahl durch die Abgabe von Stimmzetteln geheim durchzuführen.

Es wurde eine Zählkommission unter Beteiligung aller Fraktionen gebildet, der die Herren Kasperidus, Fuhrmann, Lütchen, Stalz und Grosch angehören.

Sodann wurden die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge durch die Ausgabe von vorbereiteten Stimmzetteln zur Stimmabgabe aufgerufen.

Im Anschluss ermittelte die Zählkommission das Ergebnis der geheimen Wahl. Danach wurde Frau Hanna Schulze mit 22 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen – bei 7 Enthaltungen – zur Beigeordneten der Stadt Kamen gewählt.

Beschluss:

Frau Hanna Schulze wird gem. § 41 Abs. 1c GO NRW i.V. mit § 50 Abs. 2 GO NRW und § 71 Abs. 1 S. 3 GO NRW als Beigeordnete gewählt.

Frau Hanna Schulze ist unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zur Beigeordneten zu ernennen.

Die Besoldung erfolgt gem. § 2 Abs. 2 Eingruppierungsverordnung nach der Besoldungsgruppe A16. Die monatlich zu zahlende Aufwandsentschädigung richtet sich nach den jeweils zulässigen Höchstbeträgen der Eingruppierungsverordnung.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Entwurf Jahresabschluss 2018

Der Kämmerer, Herr **Tost**, stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation (*als Anlage im Ratsinformationssystem hinterlegt*) Informationen zum Jahresabschluss 2018 vor. Er informierte, dass der Kreis Unna als Aufsichtsbehörde eine informelle Beauftragung des Rechnungsprüfungsausschusses an den Rat wünsche. Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer laufe derzeit, das Ergebnis werde den Rat über den Rechnungsprüfungsausschuss erreichen.

Die Ergebnisrechnung zeige gegenüber dem geplanten Ergebnis von -4,98 Mio. Euro eine Verbesserung von 1,03 Mio. Euro auf -3,96 Mio. Euro. Herr Tost erinnerte an die Simulation im Jahr 2013, dort sei für das Jahr 2018 -6,5 Mio. Euro prognostiziert worden. Im Bereich der Grundsteuer ergaben sich Mehrerträge von ca. 1,5 Mio. Euro.

Weiter stellte er anhand einiger Beispiele die Abweichungen des Ergebnisses zum Plan 2018 dar, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen. Dort sei mit 6,9 Mio. Euro geplant worden, das tatsächliche Ergebnis liege bei 8,24 Mio. Euro.

Die Höhe der Kassenkredite stagniere seit dem Jahr 2016.

Zu den Investitionskrediten teilte er mit, dass sie seit Jahren sinken und somit getilgt würden.

Die Zinsbelastung im Zeitraum von 2014 bis 2018 sei zudem stetig gesunken.

Abschließend zeigte er die Entwicklung des Eigenkapitals. Entgegen der Prognose aus dem Jahr 2013, wo ein Ergebnis von 18,5 Mio. Euro prognostiziert worden sei, liege der aktuelle Stand bei 36,84 Mio. Euro. Man sei somit insgesamt auf einem guten und konstanten Weg.

Herr **Heidler** dankte dem Kämmerer und den Mitarbeitern der Verwaltung. Er begrüßte das positive Ergebnis, es sei solide geplant worden. Er erinnerte an das Ziel im Jahr 2022 und er zeigte sich zuversichtlich, dass dies erreicht werden könne.

Herr **Eisenhardt** dankte Herrn Tost für den Bericht. Die CDU-Fraktion werde dem Verweis an den Rechnungsprüfungsausschuss zustimmen.

Auch Herr **Stalz** dankte Herrn Tost für den frühzeitigen Entwurf zum Jahresabschluss 2018.

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
043/2019

Breitbandausbau Kamen, Bönen, Bergkamen
hier: Modifizierung der Kooperationsvereinbarung

Frau **Peppmeier** gab ergänzend zur Kenntnis, dass weitere Förderprogramme zu Ende 2018 aufgelegt worden seien. Zum einen der Sonderaufruf des Bundes zur Versorgung der Gewerbegebiete und zum anderen ein Landesprogramm zur Versorgung der Schulen. Sie bat, dem formalen Erfordernis zuzustimmen.

Beschluss:

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Bergkamen und dem Bürgermeister der Gemeinde Bönen die dieser Beschlussvorlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
042/2019

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels

Herr **Heidler** begrüßte die Vereinbarung auf Kreisebene. Allerdings gebe ein Mietspiegel keine abschließende Rechtssicherheit für Mieter. Er merkte an, dass die Privatisierung der LEG im Jahr 2009 problematisch für die Wohnsituation in der Stadt sei. Er wünsche sich eine Lösung auf Landes- oder Bundesebene.

Herr **Kemna** bedankte sich für die schnelle und gute Umsetzung des damaligen Anliegens der CDU-Fraktion. Er hoffe, dass der Mietspiegel größtenteils inhaltlich umgesetzt und angewendet würde. Auch Herr Kemna sprach die Problematiken hinsichtlich der LEG an.

Ein Mietspiegel sei bei Streitigkeiten nicht rechtssicher, so Frau **Schaumann**. Benötigt werde er maßgeblich zur Berechnung der Kosten der Unterkunft des Kreises. Sie sehe einen wirtschaftlichen und personellen Arbeitsaufwand.

Herr **Grosch** begrüßte die Vereinbarung. Der Mietspiegel sei allerdings kein Allheilmittel. Er erinnerte an die Vielzahl von städtischen Mietshäusern zu geringen Mieten. Zur Zeit sei die Situation vor allem in Großstädten angespannt.

Frau **Klanke** stellte klar, dass die Kosten der Unterkunft auf Grundlage des Mietspiegels berechnet würden. Sie freue sich für die Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssten.

Die Frage von Herrn **Stalz**, ob die drei verbliebenen Kommunen sich zukünftig der Vereinbarung anschließen würden, bejahte die **Bürgermeisterin**.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Kamen stimmt der entgeltlichen Aufgabenübernahme durch die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückspreise des Kreises Unna zur regelmäßigen Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels auch für die Stadt Kamen zu.
2. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem Landrat des Kreises Unna unter Beteiligung der BürgermeisterInnen der anderen Städte und Gemeinden, die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Bürger beteiligen - Die Neuausrichtung des Bürgerhaushaltes
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** erläuterte den Antrag seiner Fraktion und erinnerte an dessen Zustandekommen. Man habe sich mehr von dem damals beschlossenen Bürgerhaushalt versprochen und müsse neue Möglichkeiten überlegen. Daher solle jedem Ortsteil ein eigenes Budget zur Verfügung gestellt werden, wo die Bürger darüber beraten können, für welche Zwecke dieses Budget ausgegeben werde. Es sei ein besseres Konzept und man stehe mehr mit dem Bürger im Dialog.

Frau **Schaumann** teilte mit, dass sie dem Punkt 1 des Antrages zustimmen könne. Punkt 2 finde keine Zustimmung, da sie so keine Beteiligung der Bürger am aktuellen Haushalt sehe. Weiter erinnerte sie daran, dass Kamen sich in der Haushaltssicherung befände.

Herr **Eisenhardt** entschuldigte sich zunächst für die falsche Adressierung des gemeinsamen Antrags seiner Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen. Inhaltlich decke er sich mit dem ursprünglichen Antrag, der als Diskussionsgrundlage mit der SPD-Fraktion vor knapp einem Jahr diene. Daher sei er nun erstaunt über den vorgelegten SPD-Antrag. Er bedauere, dass nicht versucht worden sei, einen gemeinsamen Weg zu finden. Zum Antrag der SPD-Fraktion kritisierte er, dass keine Haushaltspositionen, sondern Budgets im Vordergrund stünden. Man könne daher nicht von einem Bürgerhaushalt sprechen. Er sehe den gemeinsamen Sachantrag mit der Fraktion B90/Die Grünen als weitergehend.

Herr **Helmken** appellierte, die Beteiligungsgründe der Bürger ernst zu nehmen und an einem verständlicheren Haushaltswerk zu arbeiten. Er kritisierte den durch den SPD-Antrag entstehenden Mehraufwand der Verwaltung.

Herr **Heidler** wies den Vorwurf der CDU-Fraktion zurück. Seine Fraktion habe sich ausgiebige Gedanken zu einem neuen, geeigneten Bürgerhaushalt gemacht und setze mit dem Budget maßgeblich auf die Dialogbereitschaft und Ideen der Bürger in den einzelnen Ortsteilen.

Herr **Stalz** teilte mit, dass die FW/FPD-Fraktion von vornherein dem Bürgerhaushalt skeptisch gegenüber gestanden habe. Er definierte, was unter Bürgerhaushalt zu verstehen sei. Er bemängelte die Qualität der bisher eingegangenen Vorschläge der Bürger. Er fragte die SPD-Fraktion nach der finanziellen Grenze des Budgets.

Es seien Verfügungsfonds und kein Bürgerhaushalt, so Herr **Eisenhardt**. In einem Bürgerhaushalt könnten Bürger über den Haushalt der Stadt beispielsweise mitdiskutieren und Vorschläge zur mittelfristigen Finanzplanung machen. Die Arbeitsverdichtung der Verwaltung sei ein weiteres Argument, dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zuzustimmen.

Frau **Klanke** fand den Aufwand als angemessen, wenn dadurch Partizipation erreicht werden könne. Wichtig sei der SPD-Fraktion der Dialog zwischen Bürgern und dem Rat. Daher solle ein Konzept erstellt werden.

Das Ziel einer Bürgerpartizipation sei unterstützenswert, so Frau **Schaumann**. Nur das gehe aus dem Antrag nicht hervor. Bürgerpartizipation hieße, Bürger würden an der realen Politik teilnehmen und Vorschläge zum städtischen Haushalt machen. Ein Budget sei keine Beteiligung.

Herr **Heidler** stufte die bisherige Beteiligung der Bürger infolge der Komplexität des städtischen Haushalts als schwierig ein. Bürger sollten an Investitionsvorhaben beteiligt werden. Bezüglich der Höhe des Budgets könne die SPD-Fraktion sich 1 Euro pro Einwohner vorstellen.

Herr **Eisenhardt** stimmte zu, dass ein Bürgerhaushalt eine Herausforderung sei. Trotzdem sei es den Bürgern zuzutrauen und der Rat könne Hilfestellung bieten. Er stellte erneut klar, dass das Ansinnen der SPD-Fraktion eine gute Sache sei, allerdings keinen Bürgerhaushalt darstelle.

Frau **Klanke** entgegnete, dass der Antrag darin bestehe, ein Konzept zu erarbeiten, eine neue Form der Bürgerpartizipation zu entwickeln.

Herr **Krause** fragte nach, ob es sich nun um einen Bürgerhaushalt oder eine Bürgerpartizipation handele.

Herr **Fuhrmann** gab zu Bedenken, dass die geplanten Budgets mit den in Heeren bestehenden Verfügungsfonds konkurrieren könnten.

Herr **Kasperidus** entgegnete, dass dies kein Argument gegen die Budgets sei und es sei abzuwarten.

Die **Bürgermeisterin** stellte klar, dass der SPD-Antrag der weitergehende und demnach zuerst über diesen abzustimmen sei.

Der Beantragung der FW/FDP-Fraktion über eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte wurde einvernehmlich zugestimmt.

Beschluss:

1. Die bisherige Form des Bürgerhaushaltes wird aufgegeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, mit dem für den Haushalt 2020 eine neue Form der Bürgerpartizipation erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis zu 1: bei 2 Enthaltungen und 12 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 2: bei 2 Enthaltungen und 14 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.1.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und CDU

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Haupt- und Finanzausschuss ein Konzept vorzulegen, welches geeignet ist eine breite Beteiligung der Bürgerschaft bei der Durchführung des Bürgerhaushaltes in Kamen zu erzielen.

Abstimmungsergebnis: bei 22 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

8.2. Anfragen

Herr **Heuchel** kritisierte, dass das nächtliche Durchfahrverbot am Markt nicht kontrolliert werde. Weiter regte er an, dass Durchfahrverbot während der Sperrung der Nordstraße aufzuheben, da die Oststraße sonst eine Sackgasse bilden würde.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass die Sperrung den Baumaßnahmen geschuldet sei. Die Kontrolle über das Durchfahrverbot liege im Zuständigkeitsbereich der Polizei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer